

1547/J XXI.GP

Eingelangt am: 23.11.2000

### ANFRAGE

der Abgeordneten Lunacek, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Wirtschaft & Arbeit

betreffend der geplanten Entsendung eines residenten österreichischen Handelsdelegierten nach Bagdad

In jüngster Zeit häufen sich Zeitungsberichte von eklatanten Menschenrechtsverletzungen im Irak, die unter Anordnung und Billigung des inneren politischen Führungsstabes um Saddam Hussein vollzogen worden sein sollen. So berichtete der Londoner „Guardian“ am 3. November 2000 von der grausamen Enthauptung von 30 Frauen, die der Prostitution bezichtigt wurden, von zahlreichen Hinrichtungen von politischen Gefangenen und Patientinnen einer Heilanstalt für psychisch kranke Menschen.

Seit 10 Jahren sind die Sanktionen der UNO gegen den Irak aufrecht. Diese treffen jedoch vor allem die Bevölkerung - allen voran Frauen und Kinder - und nicht das Regime. Das 1996 eingeführte Oil - for - Food Programm hatte zum Ziel, die Not der Zivilbevölkerung zu mildern. Die aus dem Erdölverkauf und den gestiegenen Rohölpreisen resultierenden gestiegenen Einnahmen machen den Irak nun zu einem zunehmend interessanten Wirtschaftspartner und Investitionsstandort.

Ende August dieses Jahres reiste eine Fact - Finding Mission, bestehend aus den niederösterreichischen FPÖ - Politikern Ewald Stadler und Ernst Wildholz, und dem FP - Bundesrat Thomas Ram sowie einer niederösterreichischen Wirtschaftsdelegation nach Bagdad (siehe auch Die Presse, 25. und 26.8.2000).

Im Oktober berichtete die Zeitschrift profil (Nr.41 vom 9.10.2000) von der bereits mit allen betroffenen Ministerien und EU - Stellen akkordierten Entsendung eines residenten Handelsdelegierten durch die Wirtschaftskammer in die seit Beginn der UN - Sanktionen mit lokalem Personal betriebene österreichische Außenhandelsstelle in Bagdad.

Die anhaltenden grausamen Menschenrechtsverletzungen im Irak, die Anfang November vom Dritten Komitee der UN - Generalversammlung (mit Zustimmung Österreichs) erneut verurteilt wurden, sowie die jüngsten Meldungen über öffentliche Enthauptungen von Frauen und Hinrichtungen von politischen Gefangenen und psychisch kranken Menschen lassen die Förderung österreichischer Wirtschaftskontakte sowie die geplante Aufwertung der österreichischen Präsenz in Bagdad in einem äußerst ungünstigen Licht erscheinen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

**ANFRAGE:**

1. Ab wann ist die Entsendung eines österreichischen residenten Handelsdelegierten geplant?
2. Wurde die Entscheidung, einen residenten Handelsdelegierten nach Bagdad zu entsenden, mit dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten akkordiert?
  - 2a Wenn ja, mit welcher Stelle, mit wem und wann?
  - 2b Wenn nein, warum nicht?
3. Wurde die Entscheidung, einen residenten Handelsdelegierten nach Bagdad zu entsenden, mit den zuständigen EU - Behörden akkordiert?
  - 3a Wenn ja, mit welcher Stelle, mit wem, wann und mit welchem Ergebnis?
  - 3b Wenn nein, warum nicht?
4. Welche EU - Mitgliedsländer unterhalten eine Außenhandelsstelle in Bagdad?
  - 4a Welche EU - Mitgliedsländer unterhalten eine Außenhandelsstelle mit einem residenten Handelsdelegierten in Bagdad?
5. Kann die Wirtschaftskammer unabhängig von der politischen Einschätzung Österreichs gegenüber dem Zielland autonom über die Entsendung eines Handelsdelegierten entscheiden?
6. Wenn ja, welche Kriterien und welches Wirtschaftsvolumen werden solchen Entscheidungen zugrunde gelegt?
7. Entspricht die Entsendung eines österreichischen Handelsdelegierten den strengen Bestimmungen des Oil - for - Food Programms der UNO?
8. Wurden österreichischen Unternehmen konkrete wirtschaftliche Aufträge in Aussicht gestellt, wie dies im profil 41 vom 9.10.2000 berichtet wird? Wenn ja, welche?
9. Ist ihnen bekannt, welche konkreten Aufträge für die österreichische Wirtschaft während der Reise der niederösterreichischen Polit - und Wirtschaftsdelegation nach Bagdad Ende August 2000 angebahnt wurden, bzw. welche danach zustande gekommen sind?
10. Haben österreichische Unternehmen um Unterstützung Ihres Ministeriums für die Anbahnung von Wirtschaftsbeziehungen mit dem Irak angesucht, etwa in Form von Exportförderungen, Exportgarantien u.ä.m.?